

DOB	Koblenz, 02.07.2010
61-Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung	Tel.: 0261 129 3162

Stellungnahme
zu Antrag-Nr. **AT/0061/2010**

der Stadtratssitzung am 1. Juli 2010

Punkt: 36 ö.S.

Betr.: Antrag der FDP-Fraktion: P+R-Konzept Koblenz

Stellungnahme/Antwort

1. Entwicklung eines P+R-Konzepts für den Berufsverkehr

Im Grundsatz ist es richtig, wertvolle Innenstadtf lächen und Straßenräume nicht für das mehrstündige Abstellen von Fahrzeugen zu benutzen, sondern dafür periphere Flächen zu verwenden. Hierfür bestehen bereits an mehreren Stadtzugängen Angebote. Defizite gibt es jedoch auf der rechten Rheinseite und am Haupteinfallstor, der nördlichen B 9, wo seit 1983 eine Fläche reserviert wird. Dort könnten potentiell ein zumeist unterbelegtes Parkhaus und ggf. die beiden anliegenden DB-Strecken Koblenz – Neuwied und Koblenz – Andernach einbezogen werden. Das beantragte „schnelle, komfortable und kostengünstige“ P+R-System setzt voraus, dass bestimmte Bedingungen erfüllt sind, v.a.:

- a) Hohe Bedienungsfrequenz im ÖPNV (Bus: mindestens 10-Minuten-Takt, Zug: je nach regionaler Lage mindestens ca. 30- bis ca. 60 Minuten-Takt),
- b) attraktive Fahrzeiten des ÖPNV (insbesondere Busbeschleunigung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr - MIV),
- c) gute An- und Abfahrbarkeit der Parkplatzanlagen,
- d) Pkw-Stellplatzmangel oder sehr hohe Parkgebühren im Zielgebiet.

Für kostengünstige Nutzungsbedingungen sowie die Nachfrage ist Punkt d) ganz entscheidend. Verwaltungsseitig ist klarzustellen, dass die Parkgebühren in Koblenz vergleichsweise günstig sind und es in der Innenstadt insgesamt gesehen keinen Stellplatzmangel gibt, sondern lediglich Engpässe im öffentlichen Straßenraum, unter denen besonders die Bewohnerschaft leidet. Unter Einbeziehung der gewerblichen Parkgaragen ist das Angebot grundsätzlich ausreichend. So gab es sogar in den letzten 12 Monaten, in denen viele Stellplätze im öffentlichen Straßenraum entfallen sind, keine einzige Stunde, in der es keine freien Parkstände mehr gegeben hätte. Auch die anderen Bedingungen a) bis c) sind bis auf weiteres unzureichend erfüllt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein auf das Stadtgebiet begrenztes Berufsverkehrs-P+R-System kostengünstig bzw. eigenwirtschaftlich betrieben werden könnte; zur Sicherstellung der Akzeptanz wären Betriebskostenzuschüsse erforderlich. Daher wird das regionale Alltags-P+R-System weiterentwickelt: Der städtische Beitrag hierfür ist der Bahnhof Stadtmitte. Das vom Land mitgetragene Projekt ist das zentrale Herz, das die Verknüpfung aller zuführenden Bahnstrecken außer der Moselstrecke mit den Arbeitsplatzstandorten Stadtmitte und östliches Rauental ermöglicht.

2. Prüfung der Möglichkeit zur Einführung eines Jobtickets

Der Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM) bietet interessierten Arbeitgebern bzw. ihren Beschäftigten bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit an, Jobtickets zu erwerben. Speziell für die Stadtverwaltung, die eine Vorbildfunktion hat, ergab eine vor ca. zwei Jahren durchgeführte Testerhebung leider eine zu geringe Nachfrage für einen Kombiticket-Einsatz.

Beschlussempfehlung: Ablehnung. Weiterentwicklung Regional-P+R (wie beschrieben).